

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Klaus Hänsch und **Willi Görlach** lehnen Importverbote für
britisches Rindfleisch ab, for-
dern aber verschärfte Kontrol-
len.

Seite 1

Michael Müller definiert ge-
sellschaftlichen und ökonomi-
schen Fortschritt als Konsens
zwischen Leistungsfähigkeit
und ökologischer Verträglich-
keit.

Seite 2

Karl-Heinz Klär, Vorsitzender
der KEF, erläutert die finan-
zielle Situation der öffentlich-
rechtlichen Rundfunkanstal-
ten.

Seite 3

49. Jahrgang / 65

6. April 1994

Für Maßnahmen gegen Rinderwahnsinn - gegen Panikmache und Alleingangsrhetorik

Von **Klaus Hänsch** MdEP
Spitzenkandidat der SPD zur Europawahl und
Willi Görlach MdEP
Agrarpolitischer Sprecher der SPD-Europaabgeordneten

Die deutschen Sozialdemokraten im Europäischen Parlament werden die Bemühungen von Bundesgesundheitsminister Seehofer unterstützen, ein Übergreifen der BSE-Seuche (Rinderwahnsinn) von Großbritannien auf Deutschland zu verhindern. Mit Hektik, Panikmache und Alleingangsrhetorik ist der Rinderwahnsinn aber nicht zu stoppen. Statt nach einem rechtlich nicht durchsetzbaren und politisch nicht durchhaltbaren Importverbot für britisches Rindfleisch zu rufen, (der Import von britischem Rindfleisch ist seit 1991 extrem stark zurückgegangen. Gegenwärtig kommt rund ein Tausendstel der deutschen Rindfleischimporte aus Großbritannien) sollte Seehofer schnell umzusetzende und völlig unstrittige Maßnahmen ergreifen.

Dazu gehören:

1. Ein Fütterungsverbot von Tiermehl (aus möglicherweise kranken Schafen und Rindern). Es ist ein Wahnsinn, Tiermehl an Pflanzenfresser zu verfüttern.
2. Die finanzielle und personelle Verstärkung der Forschung und der Gesundheitskontrollen bei Mensch und Tier. Die Europäische Union könnte sich daran beteiligen.
3. Die Beibehaltung und schärfere Kontrolle des Verbots, Sperma von Zuchtrindern auszutauschen. Das Europäische Parlament hat diese und weitere Forderungen schon vor Monaten erhoben.

Es ist richtig, da eine vorbeugende Gesundheitspolitik nicht warten kann, bis die Übertragbarkeit der BSE-Seuche auf den Menschen nachgewiesen werden kann. Aber ein Importverbot von sorgfältig kontrolliertem Fleisch, das ohnehin nur noch in geringem Umfang nach Deutschland kommt, täuscht Sicherheit nur vor. Es ist keine Strategie gegen eine Krankheit, deren Inkubationszeit zwanzig Jahre betragen kann. Es ist auch sowohl aus sachlichen wie aus politischen Gründen ungeeignet, davon abzulenken, daß die Bekämpfung der Schweinepest in Niedersachsen durch die deutschen Behörden schlecht "gemanaget" und unzureichend kontrolliert wurde.

(-/6. April 1994/ru/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 1901 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Prüfungsfreie Umgang
mit wertvollen Ressourcen
Respecting People



Die "Ökologisierung" der Wirtschaft - eine Antwort auf die Krise

Von Michael Müller MdB
Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

In kurzer Zeit haben sich die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen radikal verändert. Was die letzten Jahre so einmalig macht, sind das Tempo, der Umfang und die Intensität, mit denen sich die Erweiterung des technisch-ökonomischen Möglichkeitsraums vollzieht. Die Entgrenzung von Zeit und Raum schreitet immer schneller voran.

Nicht mehr der Ost-West-Konflikt, sondern wachsende soziale Ungleichheit, die globale Naturzerstörung und insgesamt der Verlust an Bindungskraft und Zukunftsperspektiven für den Zusammenhalt der Gesellschaft bestimmen ein Bild voller Unruhe. Die Sieger im Fortschrittskampf von gestern, der um möglichst hohe Wachstumsprozente gegangen ist, stehen heute vor der bitteren Erkenntnis, daß auch dieser Weg nicht in der Lage ist, die großen sozialen, ökonomischen und ökologischen Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen.

Heute sind wir in der Gefahr, daß unter dem Druck der wirtschaftlichen Krise die Uhren zurückgedreht werden: Er kämpfte soziale Rechte werden abgebaut, ökologische Standards gesenkt, nationale und betriebliche Handlungsmöglichkeiten ausgehöhlt und ganze Regionen abgeschrieben. Die sozialstaatliche Demokratie wird auf eine "Demokratie im Kapitalismus" zurückgestutzt.

Es nützt nichts, diese Trends nur zu kritisieren. Vielmehr müssen wir Sozialdemokraten eine neue überzeugende Antwort auf die alte Frage geben: "Wie ist gesellschaftlicher Fortschritt möglich?" - ein gesellschaftlicher Fortschritt, der ökonomische Leistungsfähigkeit mit sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Verträglichkeit verbindet. Für derartige Reformen ist die SPD in besonderer Weise gefordert.

In der Nachkriegszeit war der soziale Interessenausgleich zwischen Kapital und Arbeit die Grundlage für Stabilität und Wohlstand. Heute müssen wir erneut einen gesellschaftlichen Grundkonsens für die erweiterte Entwicklung finden, der die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen einschließt. Ohne dies wird es keine dauerhafte Entwicklung geben.

Die Einwirkungen des globalen Wirtschaftssystems auf die natürlichen Lebensgrundlagen sind so stark geworden, daß sie erhebliche Störungen verursachen. Die Folge ist die Globalisierung der Umweltkrise. Wie keine andere Erkenntnis erzwingt die Erkenntnis von den ökologischen Grenzen des Wachstums eine neue Sichtweise für die Entwicklung von Wirtschaft und Technik: Das ökologische System der Erde, das territorial begrenzt, ins einen Rohstofflieferungen endlich und in seinen Funktionskreisläufen stör anfällig ist, kann dem ökonomischen System nicht untergeordnet werden.

Die natürlichen Quellen und Senken, die Liefermöglichkeiten und Aufnahmekapazitäten des Systems Erde, können sich nicht beliebig dem industriellen Wachstum anpassen und Folgen der menschlichen Eingriffe verkraften. Im Gegenteil: Die "Naturschranke" wird auch zur Grenze für das Wachstum der Industriesysteme.

Die Ökosphäre ist nicht zu ersetzen. Wir sind auf ihre Intaktheit angewiesen. Von daher gibt es grundsätzlich nur die Möglichkeit, die Ökonomie auf die Toleranzgrenzen der ökologischen Systeme einzustellen.

Die Beschlüsse von Wiesbaden zeigen den Weg für die "Ökologisierung von Wirtschaft und Gesellschaft". Mit diesen Beschlüssen ist die SPD Winter als alle anderen Parteien, die weniger auf diesem Feld zu bieten haben, auch wenn sie öffentlich das Gegenteil behaupten. Die CDU-Führung konnte auf ihrem Hamburger Parteitag nur in einer knappen Kampferentscheidung das Bekenntnis zur sozialen und ökologischen Marktwirtschaft durchsetzen. Die FDP ist in der Umweltpolitik schon lange abgetaucht. Und die Grünen, die sich häufig als Graalshüter der Öko-Politik aufspielen, haben in den letzten Jahren keinen neuen Gedanken in die ökologische Debatte eingebracht.

Nach Umfrageergebnissen hat die SPD in der Umweltpolitik deutlich an Kompetenz gewonnen. Im Vergleich zu den Unionsparteien ist der Unterschied sehr groß geworden: Während die stärkste Bonner Regierungspartei auf 26 Prozent abgerutscht ist, erreicht die SPD knapp 60 Prozent.

Wir sehen den ökologischen Umbau unserer Wirtschaft als eine Chance, unsere Gesellschaft zukunftsverträglich zu machen, weil sie ihr einen großen innovatorischen Schub für politisches Engagement gibt und die Menschen motiviert.

Wenn die Umweltpolitik dem Naturschutz nicht mehr Raum gibt, gerät sie schnell in den Verdacht, es doch nicht ernst zu meinen, sondern nur die "alte Politik" in anderen Formen fortzusetzen. Auch deshalb bekräftigen wir unsere Forderung nach einem Bodenschutzgesetz und nach einer Reform des Naturschutzgesetzes. Unsere Konzepte liegen dem Bundestag vor.

(-/6. April 1994/ru/ks)

Neunter KEF-Bericht

Bestätigung der schwierigen Situation der Rundfunkanstalten

**Von Staatssekretär Dr. Karl-Heinz Klär
Chef der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz**

1. In ihrem Neunten Bericht hat die KEF den Finanzbedarf von ARD und ZDF bis zum Jahre 1996 untersucht. Da laut Staatsvertrag vor dem 1. Januar 1997 keine Gebührenerhöhung erfolgen kann, wird auf eine Gebührenempfehlung verzichtet.
2. Die Kommission hat auf der Grundlage der Finanzvorschauen der Anstalten für das Jahresende 1996 für die ARD einen Fehlbetrag von 4,2 Millionen Mark, für das ZDF von 999 Millionen Mark festgestellt. Das auffällig niedrige Defizit der ARD muß allerdings relativiert werden. Nach Vereinbarung mit den Anstalten gilt seit 1993 eine modifizierte Planungsmethode, wonach für Gebäudeinvestitionen mit einem Betrag von mehr als 50 Millionen Mark sowie für technologisch bedingte Großinvestitionen, die sich nicht über mehr als zwei Jahre erstrecken, nur noch die Abschreibungen nach steuerlichen Regelungen berücksichtigt werden. Die Kommission war der Auffassung, daß dies auch für die Investitionen in den neuen Bundesländern zu gelten hätte. Aus dem großen Investitionsbedarf in den neuen Bundesländern folgt, daß ein Betrag von 521,1 Millionen Mark erst ab 1997 finanzbedarfswirksam wird.
3. Gegenüber den Prognosen, die ihren mittelfristigen Finanzvorschauen zugrunde lagen, können ARD und ZDF mit Gebührenmehrerträgen von 259 Millionen Mark beziehungsweise

52,3 Millionen Mark rechnen. Der wesentliche Grund ist die im Vergleich zu den Schätzungen erheblich niedrige Gebührenbefreiungsquote in den neuen Bundesländern.

4. Der Bericht bestätigt die gravierenden Einbrüche für ARD und ZDF auf den Werbemärkten. Haben die ARD-Anstalten 1992 noch Werbeerträge in Höhe von 621,6 Millionen Mark erzielt, so wird für 1996 nur noch mit 329,3 Millionen Mark gerechnet; das ist fast die Halbierung eines ohnehin schon gesunkenen Ertrags. Das ZDF rechnet für 1996 mit 320 Millionen Mark im Vergleich zu erzielten Werbeerträgen im Jahre 1992 in Höhe von 706,5 Millionen Mark; das sind nur noch 45 Prozent. Gegenüber den mittelfristigen Finanzvorschauen von September 1993 kalkuliert die ARD inzwischen bis Ende 1996 Werbemindererträge von 461,3 Millionen Mark, das ZDF sogar von 799 Millionen Mark ein.

5. Das Ergebnis macht deutlich, daß das ZDF von den Einbrüchen auf den Werbemärkten ungleich härter betroffen ist als die ARD. Das ist verständlich, weil für das ZDF ein Verhältnis der Gebührenfinanzierung zur Werbefinanzierung von 60 zu 40, bei der ARD von 80 zu 20 angenommen wurde. Nach der Entwicklung auf den Werbemärkten ist nicht damit zu rechnen, daß die öffentlich-rechtlichen Anstalten die angenommenen Finanzierungsquoten durch Werbung je wieder erreichen können. Bei der nächsten Gebührenentscheidung wird daher die Aufteilung der Fernsehgebühr zwischen ARD und ZDF (bisher 70 zu 30) zu überdenken sein.

6. In den von der KEF zugrunde gelegten Finanzvorschauen der Anstalten sind bereits umfangreiche Wirtschaftlichkeits-, Spar- und Rationalisierungsmaßnahmen der Anstalten berücksichtigt. Ohne diese Bemühungen wäre das ausgewiesene Defizit wesentlich höher ausgefallen. Die Kommission hat dies in ihrem Neunten Bericht ausdrücklich gewürdigt. Der Umfang der Maßnahmen und die dadurch zu erzielenden Einsparungen stellen gegenüber früheren Perioden eine Trendwende dar. So ist erstmals keine Ausweitung des Stellenbestandes geplant, sondern vielmehr eine Reduzierung beabsichtigt. Die Programmaufwendungen der Anstalten liegen deutlich unter der rundfunkspezifischen Teuerungsrate. Insgesamt hat die ARD den für 1994 bis 1996 geplanten Gesamtaufwand um 7,9 Prozent, das ZDF um 9,5 Prozent reduziert. Dies ist ein bemerkenswert hohes Volumen, auch wenn die Kommission bei einzelnen Maßnahmen Zweifel hat, ob sie unter den Begriff Wirtschaftlichkeit zu fassen sind. Die Kommission ist allerdings der Auffassung, daß die Wirtschaftlichkeits-, Spar- und Rationalisierungsmaßnahmen - auch nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts - nicht nur fortgesetzt, sondern weiter verstärkt werden müssen.

7. Die Kommission plant, die Ermittlung des Finanzbedarfs durch die Einführung eines indexgestützten Prüf- und Berechnungsverfahrens für den bestandsbezogenen Aufwand weiter zu objektivieren. Voraussetzung ist allerdings ein fortlaufender Nachweis der Wirtschaftlichkeit des Rundfunkbetriebes, da anderenfalls Ineffizienzen durch Einführung der Indexierung belohnt würden. Hierzu wird die KEF in Zusammenarbeit mit den Anstalten ein Kennziffernsystem entwickeln, das anstaltsübergreifende Wirtschaftlichkeitsvergleiche ermöglicht.

(-/6. April 1994/ru/ks)

(Der Neunte Bericht kann bei der KEF-Geschäftsstelle, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz, Telefon Nr. 06131/164730, Fax 06131/164721 bezogen werden.
